

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe november 2008



Herausgeber, V.i.S.d.P

Henner Schmidt
Vorsitzender des FDP-Be-
zirksverbandes Berlin-Mitte
Französische Straße 8
10117 Berlin

liberalcentral@fdp-mitte.de

Distribution

700 Stück digital (.pdf)
200 Stück Print

Chefredakteur

Nils Augustin
augustin@liberal-central.de

Redakteure/Autoren

Nils Augustin, Claudia
Bandow, Anno Blissen-
bach, Kurt M. Lehner,
Markus Löning, Katja v.
Maur, Peter Pawlowski,
Frauke Sander, Henner
Schmidt, Stefan Scholz

Autoren dieser Ausgabe

Hans-Jürgen Beerfeltz,
Jenny Langner, Joseph
Laudien, Bettina v. Seyfried,
Fabian Waetzold, Martin
Zeil

Leserbriefe

Anno Blissenbach

FDP in Mitte im Internet

fdp-berlin-mitte.de

fdp-fraktion-mitte.de

liberal-central.de

fdp-gendarmenmarkt.de

fdp-ot.de

fdp-tiergarten.de

fdp-wedding.de

fdp-wilhelmstadt.de

Bankverbindung

FDP Mitte
Konto 0653 386 104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namens-
zeichen geben die Meinung
nur ihres Autors wieder,
nicht die der Redaktion.

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte

ausgabe november 2008

www.liberal-central.de

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,

nicht wenige aus unserer Mitgliedschaft haben auch biografische Bezüge zum Freistaat Bayern, und umso schöner ist es, dass die Parteifreundinnen und Parteifreunde dort nicht nur wieder eine Fraktion im Landtag stellen, sondern an der Regierung des Landes beteiligt sein werden. Man wünscht den bayerischen Liberalen um den Spitzenkandidaten und nunmehrigen Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie Martin Zeil, der auch den Gastkommentar in dieser Ausgabe von LC verfasst, viel Glück und Erfolg.

Glück und Erfolg wünschen wir auch unserer Berliner Spitzenkandidatin für die Europawahl, Alexandra Thein, zu der Listenaufstellung auf der Europawahlversammlung des Bundesverbandes am 17. Januar 2009 hier in Berlin. Unser Hauptstadtverband, an Mitgliederzahl der siebtstärkste LV, bietet wie gewohnt eine treffliche Bereicherung der Bundesliste mit Silvana Koch-Mehrin und Alexander Graf Lambsdorff an der Spitze an, und wir freuen uns auf den Wahlkampf mit Alexandra Thein.

Das „Super-Wahljahr“ 2009 ist nicht mehr fern.. Einen großen Schluck von „change you can believe in“ kann sowohl die Europäische Union wie auch die Bundesrepublik Deutschland gut gebrauchen, und die einzigen mit einem seriösen Angebot in dieser Hinsicht sind wir. Im Bezirksvorstand Mitte bestand im Übrigen Konsens, die Wahlkämpfe des Jahres 2009 wie gewohnt möglichst weitgehend auf Bezirksebene zu koordinieren, zum Wahlkampfleiter des BV wurde Fabian Waetzold bestellt.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Antisemitismus in all seinen Facetten ist ein schwerwiegender Angriff auf die Freiheit von Menschen in unserem Land, auf die Freiheit einer Minderheit und damit ein Angriff auf die Freiheit unserer Gesellschaft, ein Angriff auf unser aller Freiheit.

Der Gradmesser für die Freiheit einer Gesellschaft ist immer die Freiheit von Minderheiten. Wie frei und wie sicher fühlt man sich in Deutschland, wenn man eine Kippa oder als Schmuckstück einen kleinen silbernen Davidstern trägt?

Markus Löning, Bundestagdebatte zum 09.11.1938

Lagebericht des Vorsitzenden

In der Krise hat die FDP große Chancen und große Verantwortung

von *Henner Schmidt*

Kapitalismuskritik ist gerade angesagt. Dabei wird ganz schnell ein Zusammenhang zwischen der Finanzkrise und der Marktwirtschaft als solcher hergestellt und gleich alles zusammen in Grund und Boden verdammt. Die Mehrheit der Deutschen ist für die Verstaatlichung von Kernindustrien und im Abgeordnetenhaus attackiert Wovereit die FDP dafür, dass sie trotz der „Krise des Systems“ weiterhin privaten Wettbewerb bei Abfall und Verkehr zulassen möchte - als hätte das etwas miteinander zu tun.



Die Menschen verdrängen sogar die von ihnen persönlich erlebte Realität. Wenn eine Mehrheit nun für die Verstaatlichung der Telekommunikation ist, scheint sich keiner mehr zu erinnern, wie teuer und wie schlecht diese früher war. Was sind denn die 25 Mrd. Euro, die für die Finanzkrisenhilfe verloren gegeben werden (der Rest sind nur Bürgschaften), gegen die weit über 1.000 Mrd. Euro, die wir bisher ausgeben mussten, um die durch den Sozialismus angerichteten Schäden in einem einzigen Landesteil zu beheben?

Wieso soll der Sozialismus so toll sein, wenn es heute dem Hartz IV-Empfänger materiell besser geht als dem Durchschnittsbürger zu DDR-Zeiten? Wie kann man die Verstaatlichung aller Banken fordern, wenn die wesentlichen Probleme bei den Landesbanken, der KfW, der IKB und anderen Staatsbanken entstanden sind? Die Menschen blenden leider trotz aller Fakten die Realität aus und wünschen sich jetzt nur noch Sicherheit.

Die Linkspartei verstärkt diesen Trend, indem sie den derzeitigen Zustand mit dem Zusammenbruch des Sozialismus vergleicht. Das ist extrem weit hergeholt: der Sozialismus ist an sich selbst für immer gescheitert, die demokratisch-marktwirtschaftliche Ordnung durchläuft zwar regelmäßige Krisen, hat diese aber auch immer bewältigen können.

SPD und CDU gaukeln nun den Bürgern vor, dass sie vollständige soziale Sicherheit und Risikofreiheit bekommen könnten, ohne Wohlstand und Auswahl aufs Spiel zu setzen. Das ist falsch. Die Einschränkung von Wettbewerb, politisches Hineinregieren in ganze Industrien und immer weitere Ausweitung des Staates führen dauerhaft zu dem Verlust von Wohlstand, weniger Wahlmöglichkeiten und letztlich auch zu weniger Freiheit für jeden Einzelnen. Die FDP hat die Aufgabe, diesen Zusammenhang darzustellen und dem derzeitigen heftigen Gegenwind standzuhalten. Dass die Wähler dies honorieren, sieht man ja an den aktuellen Umfrageergebnissen.

Allerdings würde auch der FDP etwas zusätzliche Expertise nicht schaden. Es wäre Zeit, dass die FDP-Führung zusammen mit Wissenschaftlern von internationalem Rang und Wirtschaftsführern Konzepte zur Bewältigung der Krise erarbeitet. In einer historischen Situation muss man auch neue Wege andenken.

Das „Neun-Punkte-Programm für einen neuen Ordnungsrahmen im Finanzsektor“ von Rainer Brüderle ist dagegen ein Dokument der Irrelevanz und Hilflosigkeit, da es in keiner Weise auf Ursachen und Zusammenhänge der Finanzkrise eingeht. Dies gilt auch für die quasireligiöse marktideologische Dogmatik mancher Parteifreunde, die jetzt lieber die gesamte Volkswirtschaft zusammenbrechen lassen wollen als hinzunehmen, dass der Staat in dramatischen Krisen gewisse Korrekturen und Rahmensetzungen vornimmt. Dass aber hin und wieder bei kollektiven psychologisch verursachten Fehlentwicklungen gegengesteuert werden muss, hat schon Keynes beschrieben. Jetzt geht es darum, pragmatisch zu handeln und das Notwendige gegen die Krise zu tun.

Dabei ist dafür zu sorgen, dass die Marktwirtschaft nicht unter die Räder gerät und diejenigen Politiker, die jetzt das gesamte Wirtschaftssystem ändern wollen, nicht zum Zuge kommen. Der Aufstand der Anständigen gegen Rot-Rot-Grün in Hessen ist dafür ermutigend. Interessanterweise hatte bei den Grünen keiner Gewissensbisse, nur einige gestandene Sozialdemokraten haben den gefährlichen Vormarsch der Linkspartei aufgehalten. Die FDP hat in dieser politischen Situation große Chancen und große Verantwortung, Nehmen wir sie wahr.

*Henner Schmidt MdB (OV Gendarmenmarkt),
Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Mitte*

Kommentar aus Mitte

Change

von *Hans-Jürgen Beerfeltz*

In den 50er Jahren war es der Rock'n'Roll. In den 60ern war es Woodstock und die Hippiebewegung. In den 70ern waren es die ersten Computerspiele. In den 80ern die Yuppies. In den 90ern das Internet. Jede dieser kulturellen Erscheinungen hat seinen Ursprung in Amerika. Jede dieser Erscheinungen hat unsere Kultur und unser Leben maßgeblich beeinflusst. Im Jahr 2008 ruft alle Welt „Change“ und „Yes we can“. Wird „Change“ auch unsere Kultur verändern oder beeinflussen? Es scheint so zu sein. In Indien fragt man sich bereits, wer der dort der nächste „Obama“ sein könnte. Ein Muslim? Ein Unberührbarer? Und in Deutschland feiern die Menschen an der Siegestsäule bei der Rede Obamas fast so ausgelassen wie bei der Fußballweltmeisterschaft 2006.

Barack Obama ist es gelungen, eine Euphorie auszulösen. Und zwar gerade unter denen, die man im klassischen Sinne als „politikverdrossen“ bezeichnen würde. Doch wichtig ist es, dabei keine unrealistische Erwartungshaltung bei den Wählern auszulösen sondern sich um eine solide Politik mit ehrlichem Dialogangebot zu bemühen. Bei den Bürgern Erwartungen wecken und sie aber mit Steuererhöhungen belohnen, schürt nur die Verdrossenheit.

Natürlich muss der Staat eine angemessene Teilhabe in Form von Steuern zur Finanzierung der notwendigen Staatsausgaben haben. Aber er darf mit den Einnahmen nicht verschwenderisch über seine Verhältnisse leben und muss sich auf hoheitliche Aufgaben konzentrieren. Deutschland muss sich endlich von einem reinen Verteilungsstaat, bei dem der faule Findige belohnt wird, hin zu einer Erwirtschaftungsgesellschaft, bei der sich Leistung und Fleiß wieder lohnen, ändern und darf nicht zu einer Versorgungsmaschinerie verkommen. Dem Bürger muss wieder mehr Netto von seinem hart verdienten Brutto bleiben.

Deutschland ist auf dem Weg zum Verbotsstaat. Die neusten Beispiele, wie das Verbot von Heizpilzen in einigen Städten oder der Anlauf Plastiktüten und Schokoladenzigaretten zu verbieten, sind nur wieder einige Auswüchse des aktionistischen Verbotewahns. Der Staat sollte tunlichst

dem Bürger nicht vorschreiben, welche Produkte er konsumieren und benutzen darf. Jeder muss sein Leben selbstbestimmt statt staatsbestimmt führen dürfen.

Deutschland ist auf dem Weg zu einem erneuten Schnüffelstaat, bei dem der Staat mehr weiß als der Ehepartner. Mit der Abschaffung des Bankgeheimnisses, Online-Durchsuchungen und Wohnraumüberwachung dringt der Staat in die intimsten Bereiche des Bürgers ein – dies geht zu weit. Bürgen dürfen sich nicht rechtfertigen müssen, warum sie Vorhänge an ihren Schlafzimmerfenstern haben.

Deutschland ist bald Schlusslicht auf dem Gebiet der Forschung. Doch durch immer mehr Verbote wird die Forschung bei uns erheblich eingeschränkt. Anstatt Ängste über die Genmanipulation und die Kernforschung abzubauen, werden sie geschürt. Wir brauchen den Anschluss in wichtigen Forschungsfeldern sonst

machen wir uns von der Energie und der Medizin anderer Länder abhängig machen.

Deutschland ist weiter in der Pisa-Studie nach hinten gefallen. Was nützt es, wenn zukünftig wie in Berlin der Hauptschüler und der Gymnasiast die gleiche Schulbank drücken. Der Eine ist überfordert und ihm fehlt eine unterstützende Förderung – der Andere ist unterfordert und ihm fehlt die Herausforderung. Jeder muss einen elternunabhängigen Zugang zur besten auf ihn zugeschnittenen Bildung, Aus- und Fortbildung bekommen.

Doch auch die Art der Politik muss sich wechseln. Wir brauchen mehr Partizipationschancen durch mehr direkte Demokratie und somit mehr Anteilnahme der Bürger am politischen Geschehen. Wir brauchen mehr direkten Dialog mit dem Bürger, um ihn im direkten Austausch zu begeistern und überzeugen, um Vorurteile abzubauen. Schließlich brauchen wir Bürger, die mit und für uns Deutschland umgestalten.

Deshalb: Machen Sie mit bei unserer AG Parteireform im Internet unter www.reform.fdp.de.

Unsere FDP muss von der Traditions-Partei zur modernen Bewegung von Menschen für Menschen werden. Die Linkspartei schreit propagandistisch auf die Menschen ein, wie Liberale müssen dem Menschen – gerade gegen diese Propaganda-PDS – eine laute, individuelle und freie Stimme geben – ganz im Sinne von Obama.

Hans-Jürgen Beerfeltz (OV Wilhelmstadt), FDP-Bundesgeschäftsführer, Wahlkampfleiter 2009

Gastkommentar

Bayern leuchtet

von Martin Zeil

Die bayerische Landtagswahl vom 28. September löste im Freistaat ein politisches Erdbeben aus. Nicht nur, dass nach über fünfzig Jahren fünf Parteien ins Maximilianeum einzogen, zum ersten Mal seit 46 Jahren wurde die absolute Mehrheit der CSU gebrochen. Die Christsozialen waren und sind auf einen Koalitionspartner angewiesen. Im Zentrum dieses Bebens stand und steht die bayerische FDP. Als eigenständige Kraft zogen wir unter dem Slogan „Der deutlichste Kontrast zu Schwarz“ in den bayerischen Wahlkampf. Nachdem wir noch 2003 den Einzug in den bayerischen Landtag deutlich verfehlt hatten, führten wir einen bewusst eigenständigen, offensiven und pointierten Wahlkampf – aber mit einer klaren Absage an eine sogenannte „Vierer“-Koalition unter Führung der SPD. Am Wahltag zogen wir mit 8% und damit dem besten Ergebnis, das die bayerische FDP bei einer Landtagswahl jemals erzielte, in das Maximilianeum ein. In den langen Tagen und Nächten der Koalitionsverhandlungen gelang es uns, die liberale Handschrift im Koalitionsvertrag sehr deutlich zu machen.

Im Bereich der Wirtschaft und Steuern setzten wir zur Förderung des bayerischen Mittelstandes Innovationsgutscheine als Pilotprojekt für Handwerksbetriebe und kleine Unternehmen durch. Auch wird von nun ab sicher gestellt sein, dass private wirtschaftliche Betätigung Vorrang vor der Betätigung der öffentlichen Hand hat, insbesondere durch ein Anhörungsrecht der Betroffenen aus Industrie, Handwerk und Handel. Nachdem weite Teile des ländlichen Raums in Bayern unzureichende Internetverbindungen haben, setzten wir durch, dass dieser Zustand binnen drei Jahren der Vergangenheit angehören wird. Bei der Landesbank erreichten wir, dass mittelfristig der Einstieg in die Privatisierung möglich wird. Bei den Steuern enthält der Koalitionsvertrag ein klares Bekenntnis zu einer umfassenden Steuerreform und mittelstandsfreundlichen Kriterien für die Erbschaftsteuerreform.

Bayerns Vorsprung bei alternativen Energien wollen wir bis 2020 durch eine Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien am End-Energieverbrauch auf 20 %, ihres Anteils an der Stromerzeugung sogar auf 30 % ausbauen

In dem wichtigsten Zukunftsthema Bildung setzen wir den Ausbau der Ganztagschulen durch. Künftig werden nicht nur gebundene Ganztagszüge für Grund-, Haupt- und Förderschulen eingerichtet, sondern auch für alle Realschulen und Gymnasien. Kindergärten werden als Bildungseinrichtung gestärkt. Sprachtests und Sprachförderung setzen bereits im ersten Kindergartenjahr ein. Besonders wichtig für uns war außerdem, dass für die Eltern das letzte Kindergartenjahr mittelfristig kostenfrei sein wird.



Als Rechtsstaatspartei handeln wir. So werden auf unsere Initiative 1.000 neue Stellen bei der Polizei in den Jahren 2009 und 2010 geschaffen. Die Verbesserung des Datenschutzes durch die Einrichtung eines neuen Landesamtes für Datenschutzaufsicht, das sich in erster Linie mit dem Datenschutz im nichtöffentlichen Bereich zu befassen hat, geht auf die bayerische FDP zurück. Wir konnten die Aussetzung des Zugriffs

von Polizei und Verfassungsschutz auf die auf Vorrat gespeicherten Telekommunikationsverbindungsdaten sowie das Verbot des heimlichen Betretens von Wohnungen bei Online-Durchsuchung durchsetzen. Die Stärkung des Opferschutzes war für uns ein zentrales Anliegen. Es wird künftig eine „Opferhilfe Bayern“ eingerichtet, die auch in Einzelfällen unbürokratisch Hilfe leisten kann. Ferner wird es in Bayern die Möglichkeit zur Schließung von eingetragenen Lebenspartnerschaften vor dem Standesamt endlich geben.

Ein weiterer großer Erfolg war die Abschaffung des Berechnungssystems für die Ermittlung der Sitzverteilung nach d'Hondt. Künftig wird im bayerischen Wahlrecht für die Verteilung der Sitze auf die Wahlvorschläge in den Gemeinderäten, Kreistagen und Bezirksräten das Verfahren nach Hare-Niemeyer eingeführt. Die bayerische FDP setzte außerdem die Einrichtung des Amtes eines Integrationsbeauftragten durch. Um Bürokratie abzubauen werden auf unser Betreiben Rechtsnormen mit Verfalls Klauseln befristet („Sunset“-Klauseln).

Thomas Mann schrieb einmal aus Zuneigung über seine Wahlheimat: München leuchtet. Die Durchsetzung liberaler Punkte im Koalitionsvertrag versetzt mich in die Lage, in Anlehnung an Thomas Mann, sagen können: Bayern leuchtet!

Martin Zeil MdL, bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr, Technologie

Zum Thema

Eine wahre Luftnummer

von *Fabian Waetzoldt*

Am 30. Oktober 2008 ist der Flugbetrieb am Flughafen Tempelhof endgültig zum Erliegen gekommen, die Propeller und Turbinen sind verstummt. Das eigentlich einleuchtende Argument, dass jede europäische Großstadt – egal ob sie sich als „arm, aber sexy“ oder stinkreich bezeichnet – einen City-Flughafen für Geschäftsreisende ihr eigen nennt, wollten der regierende Bürgermeister und sein Gefolge partout nicht gelten lassen.



So entschieden wie der Senat die Schließung des Flughafens durchgefochten hat, so unentschieden, ja fast zaghaft nimmt er die Zukunft des riesigen Areals im Herzen der Hauptstadt in Angriff. Auf eine Große Anfrage der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus, wie weit die Planungen des Landes bezüglich der Nachnutzung gekommen seien, kamen nur schwammige Antworten. Von „regelmäßigen Steuerungstreffen“ in der zuständigen Senatsverwaltung und „Diskussionen“ war da zu lesen. Das Areal solle für die Kreativwirtschaft Platz bieten. Auch neue Stadtquartiere und eine großzügige Parkanlage mit großem Erholungswert sollen geschaffen werden. Nur über die Kosten und über potentielle Investoren verliert der Senat interessanterweise kein Wort! Weitere parlamentarische Initiativen förderten zu Tage, dass Teile des Tempelhofer Flugfeldes nach jahrzehntelanger militärischer Nutzung beträchtliche Altlasten bergen.

All dies zeigt: Der Berliner Senat scheint nicht Willens und auch nicht in der Lage zu sein, ein schlüssiges Nutzungskonzept vorzulegen und zügig umzusetzen. Weder wurden Kontakte zu solventen Investoren geknüpft noch ein tragfähiger Gebäudenutzungsplan entworfen. Interessierte Investoren wie die Lauder-Gruppe wurden unlängst brüskiert und die Suche nach dem Senat genehmen Investoren dürfte sich, angesichts der weltweiten Finanzkrise und des sich ankündigenden Wirtschaftsabschwungs, schwierig gestalten. Kurzum: Der Berliner Senat droht wieder einmal eine fulminante Bruchlandung hinzulegen. Genau vor diesem Szenario hat die FDP seit Jahr und Tag gewarnt. Liberaler Sachverstand ist nötiger denn je!

Fabian Waetzoldt (OV Wilhelmstadt)

Zum Thema

Der Tag, an dem die Mauer fiel

von *Jenny Langner*

... jährt sich in diesem Jahr zum 19. Mal. Mit Kerzen und Gebeten hatten die Regimekritiker der Deutschen Demokratischen Republik die friedliche Revolution von unten herbeigeführt. In Berlin öffnete sich am 9. November 1989 für viele Menschen erstmals der langersehnte Weg in eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft.



Jahrzehnte der Teilung lagen hinter der deutschen Hauptstadt, die seit der Gründung beider deutscher Staaten 1949 wie keine andere im Zentrum des Ost-West-Konflikts gestanden hatte. Was viele noch am Tag zuvor nicht für möglich gehalten hatten, war plötzlich Wirklichkeit.

Um 18:57 Uhr verlas der SED-Funktionär Günter Schabowski vor laufender Kamera, dass ab sofort Privatreisen ins „Ausland“ ohne Vorliegen von Voraussetzungen wie Reiseanlässen oder Verwandtschaftsverhältnissen beantragt werden könnten. Von nun an war der Bevölkerungsstrom von Ost nach West nicht mehr zu stoppen. Noch in der Nacht wurde in der Bornholmer Straße der erste Grenzübergang für die Ausreisewilligen aus Ost-Berlin geöffnet.

Nach Bekanntwerden der Meldung unterbrach der Deutsche Bundestag seine Sitzung. Die Abgeordneten sangen die Nationalhymne. Die Stadt feierte. Wildfremde lagen sich in den Armen, Wirte gaben spontan Freibier aus und der Regierende Bürgermeister West-Berlins, Walter Momper, forderte als Sofortmaßnahme die Schaffung zusätzlicher Aufnahmekapazitäten für die Neuankömmlinge.

Am 9. November 1989 wurde die Weltöffentlichkeit Zeuge des freudigsten Ereignisses in der jüngeren deutschen Geschichte. In der Gedenkstätte in der Bernauer Straße haben am 9. November 2008 die Teilnehmer einer Andacht in der Kapelle der Versöhnung am nationalen Denkmal Kerzen für die Mauertoten und die zahlreichen anderen Opfer des linkgerichteten SED-Regimes entzündet – und so auch ein Zeichen für den Verfassungsstaat und die Bedeutung der Demokratie gesetzt.

Jenny Langner (OV Tiergarten)

Aus dem Abgeordnetenhaus

Die Finanzmarktkrise erreicht das Abgeordnetenhaus

von *Sebastian Kluckert*

In einer aktuellen Stunde befaßte sich das Abgeordnetenhaus mit der Finanzmarktkrise und ihren Folgen für Berlin. Die Länder tragen im Worst Case eine auf 7,7 Mrd. Euro begrenzte Belastung aus dem Rettungspakt; auf das Land Berlin entfallen dabei 290 Mio. Euro. Dieses Risiko ist angesichts der Gefahren politisch verantwortlich.



Die Koalition nutzte die Gunst der Stunde, um in alter Rattenfänger-Manier eine Generalkritik am angeblich „kapitalistischen“ Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland zu üben. Mit unserem Wirtschaftssystem wollte sogar die Partei wenig zu tun haben, welche seit 10 Jahren den Bundesfinanzminister stellt. Schuld an allem seien natürlich Privatunternehmen, Wettbewerb und Deregulierung.

Bereits in der Debatte wies Dr. Martin Lindner darauf hin, dass es wohl vor allem Staatsbanken waren, die durch ihren Horizont überschreitende Transaktionen in eine Schiefelage kamen und Milliarden Euro versenkten. So musste sich auch einige Tage später niemand darüber wundern, welche Banken als erste unter den Risikoschirm schlüpfen wollten. Besondere Aufregung bei Kommunisten und Sozialdemokraten rief die Aussage unseres Fraktionsvorsitzenden hervor, Linke und NPD seien aus „ein und demselben Holz geschnitzt“, weil beide mit diffusen Ängsten auf Wählerfang gingen.

Am Ende des Tages kündigte die Koalition eben wegen dieser Aussagen ihre Zusammenarbeit mit der FDP auf Geschäftsführerebene auf. Prompte Hilfe erhielt Lindner aber vom Bundespräsidenten-kandidaten der Linken: In diversen Interviews, in denen er die Verhaftung Ackermanns forderte, die Vorteile von Pressezensur herausstellte und die Nachteile der pluralistischen Pres-selandschaft der „BRD“ darlegte, machte er noch einmal deutlich, was NPD und Linke miteinander verbindet.

Sebastian Kluckert MdB (BV Neukölln)

Aus der Landespartei

Lehren aus der Finanzkrise

von *Markus Löning*

Im letzten Monat war die Finanzkrise das alles überragende Thema. Auch auf Berlin werden erhebliche finanzielle und wirtschaftliche Folgen zukommen.



Es ist völlig unangebracht, die Marktwirtschaft an den Pranger zu stellen. Nicht das Versagen des Marktes hat zur jetzigen Krise geführt, sondern staatliches Versagen. Die US-Notenbank hat ihren Anteil daran, indem sie immer mehr billiges Geld in den Markt pumpte. Kreditrisiken wurden von halbstaatlichen Finanzierern wie Freddy Mac und Fannie Mae aufgekauft. Es entstand eine riesige Blase, die durch schlechte und intransparente Regeln weiter aufgebläht wurde, bis sie schließlich platzte. Und die staatlichen Finanzaufsichten merkten nicht, welche Krise sich vor ihren Augen zusammenbraute. Wir haben es also mit einer staatsgemachten Krise zu tun.

Welche Lehren müssen wir aus der Finanzkrise ziehen? Erstens, wir brauchen einen funktionierenden europäischen Binnenmarkt im Finanzbereich mit mehr Transparenz und besseren Regeln. Zweitens, notwendig ist eine gemeinsame europäische Bankenaufsicht, um Grauzonen zu erhellern, die den nationalen Aufsichten verborgen geblieben sind. Drittens, nationale Alleingänge verpuffen in ihrer Wirkung. Gemeinsames Handeln der Europäischen Union ist unabdingbare Voraussetzung zur Überwindung der Krise. Viertens, die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) und ihre Orientierung auf die Geldwertstabilität ist richtig. Dies zeigt sich gerade in Abgrenzung zur US-amerikanischen Federal Reserve, die versucht hat, Konjunkturpolitik zu machen. Gemeinsam sollten die Europäer Druck auf die USA ausüben, sich am europäischen Modell der Zentralbank zu orientieren.

Wir Liberale sind die einzigen, die in der jetzigen Krise die Fahne der sozialen Marktwirtschaft hochhalten. Und wir tun dies zu Recht, wie die Ursachenanalyse zeigt. Nicht der Staat, sondern die soziale Marktwirtschaft mit klaren Regeln und Transparenz ist am besten geeignet, die Krise zu überwinden.

Markus Löning MdB (BV Steglitz-Zehlendorf) ist Vorsitzender der Berliner FDP

Berichte aus Mitte

Umzug der Postfiliale

Piotr Pawlowski für die BVV-Fraktion

Die Postfiliale in der Müllerstr. 48 zieht in die Müllerstr. 158 um. Der Grund: die Post konnte sich mit dem Gebäude-Eigentümer über einen neuen Mietvertrag einigen. Für die Anwohner in der oberen Müllerstraße bedeutet das viel längere Wege, denn der neue Standort befindet sich in der unteren Müllerstraße. Hinzu kommt, daß in unmittelbarer Nähe des „alt-neuen“ Filiale eine andere große Postfiliale befindet. Und zwar in der Gerichtstraße. Die FDP-Fraktion hält von den Plänen der Post nicht sehr viel und wollte wissen, wann das Bezirksamt von den Umzugsabsichten informiert wurde. Laut Aussage des zuständigen Stadtrates Ephraim Gothe, wurde das BA erst in einer Phase informiert, in der der Umzug bereits beschlossene Sache war. Das zu glauben, fällt Peter Lundkowski, der die entsprechende Frage an das Bezirksamt in der letzten BVV-Sitzung gestellt hat, nur sehr schwer. Jetzt wird sich die Fraktion dafür einsetzen, daß das BA versucht, auf die Post Druck auszuüben, damit diese ihre Entscheidung überdenkt und revidiert. Selbstverständlich unterliegen Entscheidungen über Schließungen oder Eröffnungen von Filialen der unternehmerischen Freiheit. Das entlastet die Kommunalpolitik jedoch nicht von der Pflicht, solche Entscheidungen zu kritisieren, wenn sie den Interessen der Anwohner widersprechen.

Positives Echo auf unseren Antrag zum Soldaten-Gelöbnis – wie bereits in der Oktober-Ausgabe der LC berichtet, ist der FDP-Fraktion ein großer Erfolg gelungen, in dem der FDP-Antrag zum Soldaten-Gelöbnis vor dem Reichstag mit den Stimmen der CDU und SPD angenommen wurde. Es freut uns, daß der Beschluß der BVV ein breites und positives Echo gefunden hat. Der Bundesverteidigungsminister Dr. Franz Josef Jung lässt die Möglichkeit eines Dauerauftrages prüfen. Auch der Vorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbandes Bernhard Gertz und Bundesvorsitzender der FDP, Dr. Guido Westerwelle haben sich für unsere Initiative bedankt.

Wir sind ansprechbar über das

Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1–3, 10179 Berlin, Tel. 2009 24 365, Fax 2009 24 363

Öffnungszeiten: Mo, 12:00 bis 20:00, Di, Do 12:00 bis 18:00

Aktivitäten 2009

Stefan Scholz vom OV Gendarmenmarkt

Die Liberalen vom Gendarmenmarkt diskutierten auf ihrer Mitgliederversammlung im Oktober, welche Ergebnisse in den vergangenen zwei Jahren der kommunalen Basisarbeit erzielt werden konnten und welche Herausforderungen im Jahre 2009 die Aktivitäten der Liberalen bestimmen werden. Im Zentrum der Überlegungen des kommenden Jahres steht insbesondere ein überzeugendes Wahlkampfengagement.

Wie schon in den Vorjahren sollen themenbezogene Veranstaltungen und bürgernahe Aktivitäten über politische Inhalte informieren. Diese sollen jedoch überwiegend auf liberale Kernaussagen der beiden anstehenden Wahlen ausgerichtet sein. Unter anderem plant der Ortsverband thematische Coachingveranstaltungen zur optimalen Einbindung aller Mitte-Liberalen in den Wahlkampf. Der Bezirksvorstand hat hierzu bereits Jörg Kleis, Mitglied des OV Gendarmenmarkt und Ideengeber der Initiative, mit der Umsetzung dieser Veranstaltungen beauftragt.

Barack Obama in OT

Frauke Sander vom OV OT

Am Morgen des 5.11.2008 stand offiziell fest, was Tage zuvor schon fachkundig auf unserer Veranstaltung mit Robert von Rimscha, Sprecher der FDP und ehemaliger USA-Korrespondent des Tagesspiegels, vorhergesagt wurde: Barack Obama wurde zum 44. Präsidenten der USA gewählt.

Robert von Rimscha begründete seine Prognose mit der Tatsache, dass die Wahl eine sogenannte „401K-Wahl“ sei, d. h. dass viele Bürger aufgrund ihrer „schmelzenden“ Pensionsfonds ihre Wahlentscheidung zugunsten Obamas trafen. Neben den Kandidaten selbst ging es auch um die Anwärter auf die Vizepräsidentschaft. Insbesondere Sarah Palin war für viele Teilnehmer von Interesse. Bei aller Kritik an ihr, stellte von Rimscha heraus, dass sie aber das Ziel, die republikanische Basis zu mobilisieren, erfüllt habe. Bei allen Unterschieden in Ton und Kampagne der Kandidaten gebe es vor allem drei große inhaltliche Gemeinsamkeiten: Verbesserung der transatlantischen Beziehungen, hin zu mehr Multilateralismus, Steigerung des „Burdensharing“, insbesondere in Afghanistan sowie Stärkung der Menschenrechtspolitik. We'll see!

Was nun - Was tun ?

Bettina v. Seyfried vom OV Wedding

In unserem letzten OV-Treffen konnten wir mehrere neue Mitglieder aufnehmen und einen Zugang aus Marburg verzeichnen. Der durch Bereinigung der Nichtzahler entstandene ‚Schwund‘ ist somit aufgefangen. Der Trend zur Verjüngung hält sich! Neben anderen Themen diskutierten wir die aktuelle Finanzkrise, die noch zu erwartenden Auswirkungen derselben und spekulierten darüber, welche Position die FDP dazu finden wird – vor allem welche Forderungen und zukunftsweisenden Vorstellungen in den kommenden Wochen und Monaten daraus abgeleitet werden können. Auch wenn keiner von uns den Sozialismus herbeisehnt, Konsequenzen aus dem Debakel liegen in der Luft. Das Thema, das mich schon lange bewegt: Die Rolle der Banken in der Gesellschaft von heute hat sich selbst auf Platz 1 katapultiert. Darf Freiheit wirklich grenzenlos sein? Liberales Denken und Handeln darf nie beliebig sein. Und die Freiheit des einen endet bekanntlich, wenn die Grenzen der Freiheit anderer erreicht werden.

Bürgernahe Europa durch Fernsehen?

Jenny Langner vom OV Tiergarten

Hartnäckig hält sich bisher in vielen politischen Diskussionen die Forderung nach einem gesamteuropäischen Fernsehsender. Inwieweit ein solches Projekt technisch und ökonomisch realisierbar und außerdem zielführend für die Förderung der sozialen Integration unter den Bürgern der Europäischen Union sein kann, haben die Mitglieder des OV Tiergarten zusammen mit der Berliner FDP-Spitzenkandidatin für das Europaparlament, Alexandra Thein, und rund 20 Gästen im Rahmen ihres politischen Brunchs am letzten Oktoberwochenende diskutiert. Im Eingangsreferat beschrieb die Verfasserin dieses Artikels die Komplikationen, die zum Scheitern mehrerer von der Europäischen Kommission initiiertem Fernsehsender führten. Den vorgestellten Projekten Eurikon, Europa-TV und Euro-news war es in der Vergangenheit nicht vergönnt, eine weitreichende Nachfrage seitens der europäischen Fernsehzuschauer zu erfahren. Zu oft hatte man „die Rechnung ohne den Wirt gemacht“ und die divergierenden Zuschauerinteressen in den unterschiedlichen Mitgliedstaaten nur unzureichend berücksichtigt. Die Herausforderung, die sich vor dem Hintergrund der

aktuellen medialen Vielfalt für die Vermittlung europäischer Themen stellt, ist die zielgerichtete Ansprache konkreter Bedürfnisse seitens der Rezipienten. Der Wettbewerb um die Aufmerksamkeit potenzieller Interessenten gestaltet sich dabei aus mehrererlei Hinsicht spannend. Im stetigen politischen Diskurs müssen nicht nur altbewährte Medien intensiv genutzt, sondern auch neue Kommunikationsstrategien entworfen werden. Nur wenn es gelingt, den persönlichen Nutzen der Europäischen Union für verschiedene Zielgruppensegmente hervorzuheben, kann sich langfristig die Zustimmung der Bevölkerung zum europäischen Projekt herausbilden. Dem Bürger Anknüpfungspunkte seines Alltags zum europapolitischen Geschehen aufzuzeigen, wird unsere Aufgabe beim Europawahlkampf im nächsten Jahr sein.

Spannender Herbst

Joseph Laudien vom OV Wilhelmstadt

Ein spannender politischer Herbst erwartete die Mitglieder des OV-Wilhelmstadt. Die gut besuchten Mitgliederversammlungen boten spannende Themen. Im Oktober konnten wir alle Berliner Kandidaten für die Europaversammlung im kommenden Januar bei uns begrüßen. Das Thema unserer November-MV wählte sich dann praktisch von selbst. Einen Tag vor der Präsidentschaftswahl in den USA beschäftigten wir uns natürlich und ausführlich mit den historischen US-Wahlen. Als Experten beteiligten sich Bernd Busse, der lange Jahre geschäftlich in den USA tätig war, Sascha Tamm, der sich im Sommer die republikanische Convention vor Ort anschaute und Donald Tuckwiller, der sich mit viel Herzblut bei den Democrats Abroad engagiert. Aus dem Vorstand gab Joseph Laudien einen Überblick über die Besonderheiten des amerikanischen Wahlsystems. Die anschließende Diskussion wurde mit Leidenschaft geführt. Besonders Donald Tuckwiller ließ seinen Unmut über die republikanische Partei bzw. die letzten acht Jahre George Bush freien Lauf und präsentierte ein brennendes Plädoyer für Barack Obama. Doch auch John McCain wurde lobend erwähnt. Vor allem seine Überparteilichkeit und außenpolitischen Erfahrungen wurden als positiv herausgestellt. Dabei waren sich alle einig, dass ein neuer Präsident vor großen Herausforderungen stehen wird. Zuletzt ließ es sich der OV Wilhelmstadt nicht nehmen selbst über den künftigen Präsidenten abzustimmen. Wilhelmstadt wählte mit deutlicher Mehrheit Sen. Obama zum amerikanischen Präsidenten.

Personalien

(au) **Alexandra Thein** aus Steglitz-Zehlendorf ist zur Berliner Spitzenkandidatin für einen Platz auf der Bundesliste der FDP zur Europawahl gewählt worden. Auf der Europawahlversammlung der Berliner FDP am 11. Oktober konnte Thein sich gegen sechs Mit-Bewerber durchsetzen: **Boris Böhme** und **Jürgen Hacker** (beide Charlottenburg-Wilmersdorf), **Beate Schütz** (Lichtenberg), **Stefan Kröger** (Steglitz-Zehlendorf), **Bernhard Skrodzki** aus Charlottenburg-Wilmersdorf und **Andreas Ney** (Steglitz-Zehlendorf). Thein ist selbständige Rechtsanwältin und Notarin und seit vielen Jahren in der Berliner FDP aktiv, war u.a. im Landesvorstand und als langjährige Vorsitzende des Ortsverbandes Dahlem engagiert. Als überzeugte Europäerin will sie für das Europäische Parlament kandidieren, um dort Politik für den Mittelstand sowie Innen- und Justizpolitik zu gestalten, die Freiheits- und Bürgerrechte verteidigen und sich für eine stärkere Vertretung deutscher Interessen in Brüssel einsetzen. Der Landesvorsitzende **Markus Löning** MdB (Steglitz-Zehlendorf) beglückwünschte Thein, die sich auch im BV Mitte großer Beliebtheit erfreut, sehr herzlich zu ihrer Wahl.



(au) Am gleichen Tage demonstrierten die Bürgerinnen und Bürger Berlins ein weiteres Mal für „Freiheit statt Angst – Stoppt den Überwachungswahn!“. Auch diesmal waren die Liberalen wieder zahlreich vertreten, nicht zuletzt



durch **Björn Jotzo** MdB (Foto, Charlottenburg-Wilmersdorf), den innenpolitischen Sprecher unserer AGH-Fraktion. Jotzo kommentiert zufrieden: „Auch trotz der Europawahlversammlungs- und Landesparteitagskonkurrenz konnten wir Dank der Bundesebene, Unterstützung von **Jimmy Schulz** aus Bayern und vor allem den Berliner Julis mit **Johannes Klick** und vielen Freunden wieder einen eindrucksvollen ‚gelben Block‘ aufstellen.“



(au) **Barack Obama** (Foto) wurde am 04. November 2008 von den Bürgerinnen und Bürgern der USA zu ihrem 44. Präsidenten gewählt. Die gemeinhin als historisch eingeschätzte Weihnacht wurde auch in Berlin bis zum Sonnenaufgang gefeiert, besonders die Wahlpartys im Amerika-Haus, in der

Telekom-Repräsentanz und die der „Democrats Abroad“ im Babylon erfreuten sich liberalen Zuspruches. Auf der Piste gesehen wurden etwa vom OV OT die Vorsitzende **Frauke Sander** und **Christopher Gohl**, aus dem OV Tiergarten **Tim Stuchtey**, vom OV Wilhelmstadt der Stellv. Vorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit **Wolf-Dieter Zumpfort**, der Stellv. Ortsvorsitzende u. Bezirksvorstandsmitglied **Nils Augustin**, der Bürgerdeputierte **Joseph Laudien** und **Susanne Liermann**.

(au) Auf dem Bundeskongress der Jungen Liberalen in Pforzheim wurde in einer Nachwahl **Julia Hesse** (OT) als Beisitzerin in den Bundesvorstand der JuLis gewählt.

(au) Im laizistisch beeinflussten BV Mitte mag man sich nicht durchweg für das Berliner Volksbegehren „Pro Reli“ erwärmen, aber Landesverband und AGH-Fraktion haben Unterstützung beschlossen, und unser AGH-Fraktionsvorsitzender **Martin Lindner** MdB (Foto rechts, Steglitz-Zehlendorf) scheut keine Mühe: Mit



dem Ex-CDU-Fraktionsvorsitzenden im AGH, **Friedbert Pflüger** (Foto Mitte), ließ er sich in der Stadt von Seneca und Augustus als Ehrengäste einer Generalaudienz von **Benedikt XVI** (Foto links) empfangen, um Beistand und Segen für das Volksbegehren zur Stärkung des Religionsunterrichts in Berlins Schulen zu erlangen. „Das ist eine sehr wichtige Initiative“, sagt Benedikt XVI. zu Pflüger und Lindner. An Lindner, der als FDP-Fraktionschef vorgestellt wird, sagt der Papst verwundert: „Auch die FDP ist dabei?“ Lindner bejaht die Frage, alle strahlen.

Leserbriefe

Anno Blissenbach (OV Wilhelmstadt)

“Die Finanzkrise ist noch lange kein Grund, den Kapitalismus abzuschaffen” titelte der Bezirksvorsitzende in seinem “Lagebericht” (Liberal Central” 10/08). Einspruch, Euer Ehren! Wer ist gemeint: – die FDP? – Deutschland, die EU, die ganze Welt? Die FDP ist die Partei der SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT. Auch die Bundesrepublik Deutschland hat als Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung die Soziale Marktwirtschaft gewählt und ist seit Ludwig Erhard gut damit gefahren. Wer hat der Welt denn die Finanzmarktkrise beschert: der monetäre Raubtierkapitalismus anglo-amerikanischer Prägung. Dass Deutschland noch vergleichsweise glimpflich davon zu kommen scheint, hat einerseits mit der Sozialen Marktwirtschaft, andererseits mit dem dreigliedrigen Bankensystem zu tun, welches wir hart (aber mit gutem Grund) gegen Anfeindungen – insbesondere aus Amerika – verteidigt haben. Was nun zunehmend Konsens vieler Nationen aus allen Kontinenten zu werden scheint, ist, dass die Form des die Krise verursacht habenden Kapitalismus abgeschafft gehört und durch faire, nachhaltige und für alle Player gleiche Spielregeln ersetzt wird. Die Soziale Marktwirtschaft sowie ein (zuvor bezügl. der Landesbanken reformiertes) dreigliedriges Bankensystem deutscher Prägung könnten so zum Exportmodell werden, sowohl innerhalb der EU als auch interkontinental. Die o.g. Form des verantwortungslosen Kapitalismus hat dazu geführt, dass durch unredliches Gebahren bestimmter Banken und Fonds systematisch sowohl die mittelständische Realwirtschaft ausgesaugt und ihr Kapital entzogen wurde, als auch Normalverdienern eine angemessene Lohnsteigerung verwehrt blieb sowie private Haushalte um Anlagen und Altersvorsorge geprellt wurden. Das diesen vorenthaltene bzw. verlorengegangene Geld befindet sich nun – legal? – auf Privatkonten von im Finanzmarkt Tätigen. In der neuen Ordnung müssen Banken wieder ihrer eigentlichen Aufgabe nachkommen: die Realwirtschaft mit Geld zu versorgen. Erst wenn Rendite-Erwartungen (und -Möglichkeiten) von Banken und mittelständischer Wirtschaft wieder auf gleichem Level liegen, sowie wenn Normalverdiener wieder am Wachstum teilhaben, wird das Ziel erreicht sein. Wir als FDP haben diesen Prozess mit unserem liberalem (nicht: libertären!) Kompass zu steuern und zu begleiten. Liberal bedeutet: Freiheit ZUR Verantwortung, nicht jedoch: Freiheit VON Verantwortung.

Schlusswort

Blick auf das Superwahljahr 2009

von Frauke Sander

Der stärkste Kontrast zu schwarz hat sich in Bayern durchgesetzt. Seit letzter Woche haben wir eine weitere schwarz-gelbe Regierung. Und das nach 46 Jahren absoluter Alleinherrschaft der CSU im Freistaat. Die Bürgerinnen und Bürger haben diesen Neuanfang gewollt, und der FDP das Mandat für ein starkes liberales Korrektiv in der Regierung gegeben.

Der Koalitionsvertrag in Bayern trägt eine deutliche liberale Handschrift, neben einer liberal geprägten Innen- und Rechtspolitik sieht er u.a. Gesetzentwürfe zur Lockerung des Versammlungsrechts, zur Novellierung der Online-Durchsuchung und zur Förderung des Mittelstandes vor.

Die FDP regiert nun in allen vier großen Flächenländern unseres Landes, also dort, wo alleine 60% der Bevölkerung leben. Die FDP hat somit wieder eine strategische Rolle im Bundesrat und wird dort ihr liberales Gewicht in die Waagschale werfen können, denn Verfassungsänderungen sind ohne Zustimmung dieser vier Länder nicht mehr möglich.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger hat bereits jetzt klar gesagt, dass im Koalitionsvertrag mit der CSU festgeschrieben ist, dass sofern eine bayrische Krankenkasse in die Insolvenz gehen sollte oder sofern Krankenkassen nicht mit dem vorgegebenen Beitragssatz von 15,5 % auskommen, man im Bundesrat eine Initiative ergreifen werde, um den ,aus liberaler Sicht eh unsinnigen Gesundheitsfonds, noch zu stoppen bzw. wieder abzuschaffen.

Die Regierungsbildung in Bayern sendet aber auch ein weiteres, für uns Liberale wichtiges Signal, mit Blick auf das Superwahljahr 2009. Denn es zeigt sich erneut, dass es auch in einem Fünf-Parteiensystem möglich ist, eine stabile und klare bürgerliche Mehrheitsregierung zu bilden – Das ist unser Ziel für 2009.

Die erfolgreiche Wahl in Bayern sollte uns allen daher zusätzlicher Anreiz und Ansporn sein und uns den erforderlichen Rückenwind geben. Auf in den Wahlkampf!

Termine

November 2008

- 10.11 19.00h Liberaler Mittelstand Berlin: **Gesprächsrunde** – im Habel Weinkultur (Luisenstr. 19)
- 10.11 19.30h OV OT: **Diskussionsveranstaltung** mit Alexander Alvaro MdEP, www.fdp-ot.de
- 11.11 19.30h Liberale Frauen: **Podiumsdiskussion** „Das neue Unterhaltsrecht - Was Männer hoffen und Frauen fürchten“ – mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger MdB, Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit Senatorin für Justiz a.D., Dr. Birgit Grundmann, Dr. Kerstin Niethammer-Jürgens – im AGH (Niederkirchner Str.), Raum 377
- 18.11 19.00h OV Gendarmenmarkt: **Informations- und Diskussionsveranstaltung** „Qualität und Transparenz in der Pflegeversicherung - wohin führt die Reform“ – mit Heinz Lanfermann MdB, Rainer-Michael Lehmann MdB – im AGH (Niederkirchner Str.)
- 19.11 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Arema (Birkenstr. 30)
- 20.11 20.00h OV Wedding: **Offenes Vorstandstreffen, Mitgliederversammlung, Stammtisch** im Homans (Seestr. 101)
- 24.11 19.30h BV Mitte: **Bezirksausschuss** im Rathaus Tiergarten (Mathilde-Jakob-Platz 1)
- 25.11 20.00h LV Berlin: **Landesausschuss** im Neuen Stadthaus, Otto-Suhr-Saal (Parochialstr. 1)
- 26.11 20.00h OV Gendarmenmarkt: **Liberaler Stammtisch** im Gaffel Haus Berlin (Taubenstr. 26)
- 27.11 19.00h FNSt: **Diskussionsveranstaltung** „Mehr Wettbewerb im Berliner Bildungssystem - Freie Grundschulwahl für Schüler und Eltern“ – mit Mathia Specht-Habbel u.a. – im Mosse-Palais am Leipziger Platz, Europasaal (Voßstr. 22)
- 30.11 11.00h OV Wilhelmstadt: **Weihnachtsbrunch** im Dávila (Große Hamburger Str. 15)
- 30.11 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** (das Original) – Markus Pindur berichtet von der Präsidentenwahl in USA – im Walhalla (Krefelder Str. 6)

Dezember 2008

- 02.12 19.30h JuLis Mitte: **Mitglieder- u. Interessententreffen** im Café Ré (Märkisches Ufer 22)
- 08.12 17.30h OV Gendarmenmarkt: **Erkundung des Weihnachtsmarktes** am Gendarmenmarkt
- 08.12 19.00h Liberaler Mittelstand Berlin: **Gesprächsrunde** im Habel Weinkultur (Luisenstr. 19)
- 09.12 19.30h OV Gendarmenmarkt: **Weihnachtsfeier** im Marriott Hotel Courtyard Mitte
- 10.12 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Arema (Birkenstr. 30)
- 10.12 BV Mitte: **Podiumsdiskussion** – Thema: „Wettbewerb im Berliner ÖPNV“ – Start der Veranstaltungsreihe zur Wettbewerbspolitik – Info www.fdp-mitte.de
- 11.12 19.00h OV Wedding: **Weihnachtsfeier** im Opatija Grill (Müllerstr. 70)

**Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter www.fdp-mitte.de
Bitte senden Sie Ihre Termin-Informationen an termine@fdp-mitte.de**

Alle Veranstaltungen und Sitzungen sind, soweit hier genannt, öffentlich.

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite www.liberal-central.de eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter www.liberal-central.de.

Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter redaktion@liberal-central.de.